Wirtschaft fordert vom nächsten Berliner Senat mehr Reformtempo

16.08.21 | Berlin

Wirtschaft fordert vom nächsten Berliner Senat mehr Reformtempo

Amsinck: „Investitionsstandort Berlin ist eine große Baustelle“

Die Wirtschaft fordert den nächsten Berliner Senat auf, die Standortbedingungen für Unternehmen in der Hauptstadt deutlich zu verbessern. „Der Investitionsstandort Berlin ist eine große Baustelle, auf der dringend angepackt werden muss. Zudem brauchen die Firmen nach der Corona-Pandemie Rückenwind, um die Krise zu überwinden.“ Das sagte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Dienstag in Berlin. „Eine wirtschaftsfreundlichere Politik für mehr Freiraum und Flexibilität muss im neuen Koalitionsvertrag ganz oben stehen.“

Fünf Schwerpunkte für den Koalitionsvertrag

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus müsse sich die Regierung um fünf Schwerpunktthemen kümmern, erklärte der Spitzenverband weiter. In den Bereichen Digitalisierung, Verwaltung, Bildung,

Infrastruktur sowie Bauen und Wohnen liege der Schlüssel, um die Stadt für die Herausforderungen der nächsten Jahre fit zu machen. „Wir brauchen mehr Tempo bei der Umsetzung von Reformen“, mahnte Amsinck. „Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. In den vergangenen Jahren ist zu viel liegen geblieben.“

Als Beispiel nannten die Unternehmensverbände die in der Hauptstadt schleppende Digitalisierung. „Der Staat muss die Grundlagen für den digitalen Wandel schaffen, etwa in der In-frastruktur oder in der Verwaltung. Das dauert bislang viel zu lange“, bemängelte der Hauptgeschäftsführer. Ein Digitalsenator oder eine -senatorin könne hier Abhilfe schaffen. Er müsse eine Digitalisierungsstrategie entwerfen und Druck machen für eine rasche Umsetzung.

"Firmen müssen reparieren, was die Schulen über die Jahre nicht vermitteln konnten"

Als weiteres Handlungsfeld nannte Amsinck die Probleme mit der Schulqualität. Auch deshalb seien noch immer 6.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. „Schulabsolventinnen und -absolventen mangelt es an absoluten Kernqualifikationen. Die Firmen müssen reparieren, was die Schulen über die Jahre nicht vermitteln konnten. So geht es nicht weiter.“ Besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, eine genauere Überprüfung der Lernerfolge der Kinder sowie mehr Berufsorientierung und Praxisnähe im Unterricht müssten rasch kommen.

Schnelleres Handeln sei auch bei Ausbau und Sanierung der Infrastruktur nötig. Planung und Umsetzung von Projekten dauerten viel zu lange. „Wir brauchen jetzt leistungsfähigere Straßen und Schienen, nicht erst in 15 oder 20 Jahren. Vor allem mit Blick auf die steigenden Pendlerzahlen zwischen Berlin und Brandenburg“, befand der Wirtschaftsverband. Amsinck warnte den nächsten Senat vor einer erneuten Debatte über den Weiterbau der A100. „Die Autobahn ist aus wirtschaftlicher Sicht unverzichtbar. Zudem hat Berlin rechtlich gar keine Handhabe, das Projekt abzuändern oder zu stoppen. Wir sollten den Ausbau vorantreiben statt daran herumzukritisieren.“

UVB: 70 Prozent Impfquote bis Ende September ist das Ziel

Mit Blick auf die weitere wirtschaftliche Erholung der Hauptstadt verlangte der Spitzenverband ein höheres Impftempo. „Als Zielmarke brauchen wir mindestens 70 Prozent der Bevölkerung mit einem vollen Impfschutz bis Ende September.“ Dazu seien zusätzliche niedrigschwellige Impf-Angebote und mehr Überzeugungsarbeit von Seiten der Politik gefragt. Einen weiteren Lockdown gelte es unbedingt zu vermeiden. „Viele kleine und mittelgroße Betriebe würden ein erneutes Herunterfahren der Wirtschaft nicht überleben. Auch würden noch mehr Arbeitsplätze gefährdet“, warnte Amsinck.

Erst 2022 wird Berlins Wirtschaft die Corona-Delle überwunden haben, erwartet der Spitzenverband.

Angesichts der Corona-Krise seien neben den Firmen auch die Staatsfinanzen in einer fragilen Lage, befand die UVB weiter. Berlins Gesamtverschuldung sei auf mehr als 64 Milliarden Euro gestiegen. „Der neue Senat muss direkt zu Beginn einen ehrlichen Kassensturz machen. Jede Leistungsausweitung muss unter Finanzierungsvorbehalt stehen“, mahnte Amsinck. „Sonst könnten die Finanzen des Landes in eine gefährliche Schieflage geraten.“

Aktuelle Informationen zu Konjunktur, Arbeitsmarkt und Branchen finden Sie im UVB-Daten-Dashboard für die Hauptstadtregion.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

Bild

Berlins Firmen brauchen Rückenwind für den Neustart nach Corona! Gute Wirtschaftspolitik muss ganz oben in den neuen Koalitionsvertrag. Die wichtigsten Themen: Besser werden bei Digitalisierung, Verwaltung, Bildung, Bauen und Infrastruktur. © UVB 2021

Bild

Berlin ist ein exzellenter Standort für Wissenschaft und Forschung. Daraus lässt sich mehr machen. Politik und Verwaltung müssen Anreize setzen, damit aus neuen Erkenntnissen noch schneller innovative Produkte und Dienstleistungen werden. © UVB 2021

Bild

Die Industrie sorgt für Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Innovationen. Dies sollte der Senat wertschätzen, indem er zum Beispiel digitale Innovationen noch konsequenter fördert. Verwaltung und Genehmigungsverfahren müssen entbürokratisiert und digitalisiert werden.

Bild

Schule geht auch besser! Vor allem müssen die Schulen konsequent digitalisiert werden – von der technischen Infrastruktur über zeitgemäße Lehr- und Lernmittel bis zu den methodischen Kompetenzen der Lehrenden. Zudem brauchen wir bei allen Bildungsprojekten klare Kosten-Nutzen-Analysen! © UVB 2021

Bild

Strukturwandel und Transformation haben den Arbeitsmarkt bereits vor Corona gebeutelt. Der neue Senat muss Betriebe, Arbeitsagentur und Bildungseinrichtungen dabei unterstützen, diesen Wandel erfolgreich zu bewältigen und Beschäftigte und Arbeitsuchende auf die neue digitale Arbeitswelt vorzubereiten. © UVB 2021

Bild

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft in immer höherem Tempo. Berlin muss schneller handeln, um mithalten zu können. Dies sollte im neuen Senat ein/e Digitalsenator/in koordinieren. Wir brauchen flächendeckend Breitband-Anschlüsse für Gewerbe, Schulen, Verwaltung und Privathaushalte. Berlins Verwaltung muss digitalisiert und entbürokratisiert werden. © UVB 2021

Bild

Berlin braucht dringend neue Wohnungen! Wohnungsbau muss einfacher und schneller werden – durch schlankere Bauvorschriften, einfachere Genehmigungen und weniger Bürokratie. © UVB 2021

Bild

Der neue Senat muss darauf verzichten, Mobilität weiter zu verteuern. Stattdessen muss das Ladenetz für E-Mobilität weiter aufgebaut werden. Und alle bestehenden Verkehrsträger müssen zügig ausgebaut oder modernisiert werden. © UVB 2021

Bild

Die Politik darf die Unternehmen bei der Energiewende nicht überfordern. Sie muss die richtigen marktwirtschaftlichen Anreize für umweltverträgliche Investitionen und kluge Innovationen setzen. Das ist ein wirksamerer Beitrag zum Klimaschutz als neue Vorschriften und Verbote. © UVB 2021

Bild

Corona hat ein tiefes Loch in die Landeskasse gerissen. Nun muss die Politik genau überlegen, wofür sie Geld ausgibt. Ganz oben auf der Liste steht die Modernisierung und Digitalisierung von Infrastruktur, Schulen und Verwaltung. © UVB 2021

Bild

Um das Potenzial der Hauptstadtregion noch besser auszuschöpfen, müssen Berlin und Brandenburg ihre Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen. In der Industriepolitik, im Gewerbeflächenmanagement und in der Fachkräftestrategie müssen sich die beiden Landesregierungen noch besser abstimmen. © UVB 2021

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Video

UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben des neuen Berliner Senats

Charts: Wo Berlins Wirtschaft steht

40 Tage vor der Wahl: Firmen kämpfen gegen die Krise

Download (876 KB)

Ihr Ansprechpartner für das Thema Wirtschaftspolitik

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF